

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Buvo
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: TA Technische Anträge (zur Darstellung von Abstimmungen auf der BDK-Plattform)

Antragstext

- 1 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein
- 2 Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend
- 3 auch in Hongkong. Es braucht auch einen konstruktiven Dialog mit China, der dort eine
- 4 Kooperation sucht, wo es zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, und klare
- 5 Gegenstrategien bereithält, wo China systematisch versucht, internationale Standards zu
- 6 schwächen. Insbesondere in der Klimapolitik streben wir gemeinsame politische,
- 7 wirtschaftliche und technologische Anstrengungen sowie eine Einhaltung von nachhaltigen
- 8 Produktstandards und einen transparenten Fahrplan zur Bekämpfung der Klimakrise,
- 9 beispielsweise durch einen Kohleausstieg in China an. Kooperation mit China darf nicht zu
- 10 Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an
- 11 die „Ein-China-Politik“ der Europäischen Union und betonen, dass die Vereinigung mit Taiwan
- 12 nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Gleichzeitig wollen
- 13 wir den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen. Unsere Handelsbeziehungen mit China
- 14 wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit
- 15 und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die
- 16 Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und jede Form von
- 17 Zwangsarbeit beendet. Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der
- 18 Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum
- 19 Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt.
- 20 Deutschland sollte sich außerdem für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-
- 21 Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uighur*innen als Völkerstraftaten
- 22 bezeichnen. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in seiner
- 23 jetzigen Form nicht zustimmen. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen
- 24 Koordinierung gegenüber China arbeiten.